



Statement zum Fleischwerk Edeka:

Mit kritischem Tenor

Gemeinderat: Debatte zu den Planverfahren

Mit einer Stellungnahme mit kritischem Tenor meldet sich Karlsruhe im Bebauungsplanverfahren von Rheinstetten zum Fleischwerk Edeka erneut zu Wort. „Es ist weder eine positive, noch eine negative Stellungnahme, sie behandelt aber die Frage, wo zu handeln ist, wenn die Fabrik kommt, so OB Heinz Fenrich. Mit diesem mehrheitlich gefassten Beschluss, dem am Dienstag weitere Voten zum Fleischwerk Edeka folgten, thematisiert Karlsruhe als Nachbargemeinde Aspekte wie Landschaftsbild und Naherholung, Stadtgestaltung, Klima, Verkehr sowie Lärm und Geruchsemissionen. Bereits im Frühjahr hatte Karlsruhe im Vorfeld der förmlichen Beteiligung auf Auswirkungen hingewiesen, die für Karlsruhe zu erwarten sind.“

Die Fabrik ist zwischen Messe-Areal und Kutschenweg geplant. Dem Wortlaut der Stellungnahme hatten die CDU (bei einer Enthaltung), die SPD sowie FDP/A, Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) und OB Fenrich zugestimmt, mit Nein votierten Grüne und KAL. Zugleich wird empfohlen, sich im Nachbarschaftsverband Karlsruhe (NVK) für eine Stellungnahme des NVK gleichen Wortlauts einzusetzen, hier wechselte die FDP/A ins Lager der Ablehner. Im NVK sollte die Stadt zudem für die Eröffnung des Verfahrens für eine Einzeländerung des Flächennutzungsplans (FNP) stimmen, um dann in Kenntnis aller eingegangenen Stellungnahmen endgültig zu entscheiden – der Mehrheit standen hier die Ablehnung der Grünen, KAL und FDP/A sowie zwei Enthaltungen (CDU) entgegen.

Zudem nahm das Gremium die Entscheidung des Regierungspräsidiums (RP) zur Kenntnis, wonach eine Abweichung vom Regionalplan unter Auflagen zulässig sei. Der NVK hatte dies klären lassen. Für das Vorhaben waren mehrere Gutachten erstellt worden, ergänzend hatte die Stadt ein Verkehrsgutachten und der NVK ein Klimagutachten zur Bewertung der Gesamtsituation erstellen lassen (siehe StadtZeitung vom 12. September).

Der CDU sei wichtig gewesen, alle planungsrechtlichen Instrumentarien zu prüfen, mit der Entscheidung des RP sei die erforderliche Planungssicherheit geschaffen worden, so die CDU-Fraktionsvorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz. Die Ängste der Bürger nehme man ernst, aber: „Wirtschaftliche Entwicklung muss auch möglich sein.“ Verbindlich müsse

die im Gutachten dargelegte Verteilung der LKW-Verkehre festgelegt werden. Diesen Punkt unterstrich SPD-Stadtrat Michael Zeh. Er verwies beim Stichwort Wirtschaft auf die einfachen Arbeitsplätze in der Produktion, die ebenso wichtig seien, außerdem auf das Klimagutachten des NVK: „Dieses hält die Fabrik gerade noch für vertretbar, abgesichert müsse daher werden, dass die Freifläche rings um die Gewerbefläche für eine künftige Bebauung absolut tabu ist“.

„Die Gutachten belegen für das Naherholungs- und Wohngebiet die erhebliche Beeinträchtigung, diese können wir im Sinne der Bürger nicht akzeptieren“, betonte Bettina Lisbach (Grüne). Für das Nein benötige ihre Partei keine weiteren Prüfungen etwa über das FNP-Verfahren, eine politische Entscheidung sei längst möglich. „Auch die jetzt nachgereichten Unterlagen überzeugen nicht“, befand FDP/A-Stadträtin Rita Fromm. Um die Widersprüche zu dem Vorhaben deutlich zu machen, stimme ihre Fraktion der Stellungnahme der Stadt Karlsruhe als Nachbargemeinde zu. Mit mittleren und kleinen Unternehmen seien Arbeitsplätze gesicherter als bei der Konzentration auf ein Unternehmen: „Daher setzten wir lieber auf kleine Unternehmen, die zur Messe passen“, begründete sie die Ablehnung der FNP-Änderung. „Der Beschluss wendet sich in eklatanter Weise gegen die Interessen der Bürger“, ärgerte sich KAL-Vorsitzender Lüppo Cramer, „wir können dieser Salamtaktik der Zerstörung nicht zustimmen und sind gegen eine Bebauung der Grünzäsur zwischen Rheinstetten und Karlsruhe.“

-rie-